


Hohes Niveau soll erhalten bleiben

Bürgermeisterwahl – CDU-Kandidatin hat zur Diskussion über Kinderbetreuung in Mörfelden-Walldorf eingeladen



|  Auskunft über das Kinderförderungsgesetz gab Bettina Wiesmann, familienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, bei einer Diskussionsveranstaltung, zu der die Mörfelden-Walldorfer CDU-Bürgermeisterkandidatin Kirsten Schork eingeladen hatte. Foto: Sebastian Schwappacher

MÖRFELDEN-WALLDORF.

Eine Diskussion über das geplante hessische Kinderförderungsgesetz (Kifög) entwickelte sich am Mittwochabend bei einer Gesprächsrunde der Mörfelden-Walldorfer CDU zum Thema „Eltern, Kita und Gebühren“. Im Mörfelder Bürgerhaus versuchte Bettina Wiesmann (Frankfurt), familienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, vor fast 50 Zuhörern Bedenken gegen den von der schwarz-gelben Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zu zerstreuen.

Mit dem Kifög – so Wiesmann solle ein Rechtsanspruch für Eltern geschaffen werden, in den hessischen Kinderbetreuungseinrichtungen verlässliche Mindeststandards vorzufinden. Dafür stelle das Land für 2014 bis 2018 jährlich rund 425 Millionen Euro zur Verfügung – fast 70 Millionen Euro mehr als 2012.

Burkhard Ziegler, von Moderator Karsten Groß (CDU-Fraktionsvorsitzender in Mörfelden-Walldorf) als „Vertreter der aktiven Elternschaft“ vorgestellt, wies aber darauf hin, dass Mörfelden-Walldorf höhere Standards habe als im Kifög-Entwurf vorgesehen – beispielsweise eine höhere Erzieherquote pro Kind. Der Präsident des

Echo online vom 22. Februar 2013

Lions-Clubs Mörfelden-Walldorf befürchtet, dass die Stadt das jetzige Betreuungsniveau auf den Mindeststandard reduziert, zumal sie kürzlich dem Kommunalen Schutzschirm beigetreten ist und verstärkt sparen muss.

Wiesmann entgegnete, es bleibe jeder Kommune unbenommen, die Mindeststandards zu übertreffen. Keineswegs sei das Kifög dazu da, das Betreuungsniveau zu senken: „Diesem Eindruck möchte ich deutlich entgegentreten.“

Die Mörfelden-Walldorfer könnten stolz sein, meinte CDU-Bürgermeisterkandidatin Kirsten Schork, dass sich ihre Kommune eine überdurchschnittliche Erzieher-Kinder-Quote leiste. Dieses hohe Niveau will sie erhalten wissen. Schork befürwortet auch die im Kifög-Entwurf vorgesehene Möglichkeit, das pädagogische Personal in den Kindertagesstätten mit Spezialkräften zu ergänzen. Die CDU-Stadtverbandsvorsitzende denkt da beispielsweise an Logopäden, Musikpädagogen und Kinderkrankenschwestern.

„Hört sich erstmal gut an“, sagte Ziegler dazu. Aber die Elternschaft müsse nun darauf vertrauen, dass die Stadt bestehende Betreuungsstandards nicht absenke. Er forderte ein Festhalten am Status Quo und verband dies mit dem Hinweis, dass Mörfelden-Walldorf mit die höchsten Kita-Gebühren im Kreis Groß-Gerau habe.

Um ein Absenken des Gebührenniveaus geht es Ziegler indes nicht. Viel wichtiger ist ihm ein auf die individuellen Bedürfnisse der Familien zugeschnittenes Betreuungsangebot. Da sieht er in Mörfelden-Walldorf noch Verbesserungsbedarf. Ziegler nannte ein Beispiel: Er fühle sich von der Stadt bevormundet, dass die Entscheidung, ob ein Kind ein Mittagessensplatz in einer Betreuungseinrichtung bekomme, unter anderem von der Berufstätigkeit beider Elternteile abhänge.

Zieglers Kritik deckt sich mit den Eindrücken, die Kirsten Schork von anderen Eltern erfahren hat. Mütter und Väter wollten ihre Kinder niveauvoll betreut wissen. Das sei ihnen weit wichtiger als eine Gebührenabsenkung. Daraus folgt für die Bürgermeisterkandidatin: Die Stadt müsse in den Kindertagesstätten ein so breit gefächertes Angebot schaffen, dass sich die Eltern ein auf ihre individuellen Bedürfnisse passendes Betreuungspaket schnüren können.

Eine große Herausforderung sieht Schork für die Stadt beim Ausbau der Krippenkapazität. Die von Bund, Ländern und Kommunen vereinbarte Quote, Betreuungsplätze für 35 Prozent der unter Dreijährigen (U3) zu schaffen, könnte für Landgemeinden ausreichen – aber bei Weitem nicht für in Ballungsräumen gelegene Städte wie Mörfelden-Walldorf. Es sei deshalb zu überlegen, ob man verstärkt nach Betreuungslösungen für U3-Kinder außerhalb der Tagesstätten Ausschau halte. Auch Bettina Wiesmann sieht in der privaten Tagespflege eine sinnvolle Ergänzung. Allerdings gab die Landtagsabgeordnete zu bedenken: Der Pool von Menschen, die zur Tagespflege geeignet und bereit sind, sei endlich.

dirk